



## **„Initiative Kinderreha“: Standort-Frage für Kinderreha-Zentren rasch lösen**

Die Standort-Frage der vier Versorgungszentren für Kinder- und Jugendrehabilitation ist neun Monate nach der Finanzierungszusage ungelöst, weil Sozialversicherung und Bundesländer noch immer keine Einigung erzielt haben. „Auf dem Rücken der Kinder politisches Kleingeld zu wechseln ist der falsche Weg“, so Markus Wieser, Gründer und Obmann des Vereines „Initiative Kinderreha“, der endlich Entscheidungen zum Wohle der kleinen Patienten und ihren Angehörigen fordert. „Hier muss die Gesundheit und die Rehabilitation der Kinder, die durch die Hölle gegangen sind und das Leben noch vor sich haben, im Vordergrund stehen“, sagt Wieser.

Im Juli 2014 wurde versprochen, die Entscheidungen in der Standort-Frage bis Frühjahr 2015 zu finalisieren und die Spatenstiche vorzunehmen. Doch davon ist bisher nichts zu sehen. Denn seither streiten die Bundesländer untereinander, wo die regionalen Zentren errichtet werden. Die Leidtragenden dabei sind die jungen Patienten und deren Familien, die zur Reha eine spezifische Begleitung benötigen. „Kinder und Jugendliche brauchen im Bereich der medizinischen, psychologischen und pädagogischen Begleitung spezifisch ausgebildete Ärzte in eigenen Einrichtungen“, sagt Wieser. Die derzeitige Situation, wo sich Kinder – wenn überhaupt - gemeinsam mit oft 50- bis 80-Jährigen rehabilitieren müssen, weil es noch keine passenden Zentren gibt, ist unhaltbar.

Seit fünf Jahren kämpft die „Initiative Kinderreha“ um die notwendige Versorgung mit entsprechenden Einrichtungen. Zum Vergleich: In Deutschland gibt es rund 8000 Betten in über 70 eigenständigen Einrichtungen für Kinder und deren Familien. Im Juli 2014 einigten sich Sozialversicherung und die Länder auf vier Versorgungszentren (West,Nord,Ost,Süd) mit 343 Betten, dazu rund 50 Betten für Angehörige. Die Kosten von 33 Millionen Euro trägt zu 75 Prozent die Sozialversicherung, knapp ein Viertel (8,5 Millionen Euro) die Bundesländer. Wieser hofft, dass sich jetzt die Vernunft im Sinne der Kinder und deren Angehörigen durchsetzt. "Politisches Kalkül ist in dieser Frage völlig unangebracht."

[http://files2.orf.at/vietnam2/files/oe3/201514/oe3\\_nachr\\_150330\\_07\\_uhr\\_345234.mp3](http://files2.orf.at/vietnam2/files/oe3/201514/oe3_nachr_150330_07_uhr_345234.mp3)